

Andere feuern, selbst feiern: Die Abzocke der Siemens-Top-Manager

von: Conrad Schuhler, 15.02.2002

Da fiel der Aufsichtsrats-Vorsitzende Baumann aus seiner Rolle des cool-geschniegelten Hauptversammlungsleiters: „Bleiben Sie sachlich“, herrschte er den Diskussionsredner an, „Sie sind hier nicht auf einer Betriebsversammlung, wo die IG Metall das Wort setzt“. Wolfgang Müller war durchaus sachlich, doch die Sache selbst passte dem AR-Boss nicht. Der Bezirkssekretär der IG Metall hatte sich auf der Siemens-HV zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, dass die Realeinkommen der Siemens-Beschäftigten im vergangenen Jahr gesunken seien. In einem solchen Geschäftsjahr, das vom Vorstand als sehr schwierig eingestuft wurde, habe sich der Zentralvorstand sein Gehalt, also den fixen Anteil seiner Vergütung um 27,5 Prozent erhöht (pro Vorstandsmitglied sind es sogar 39 Prozent mehr). „Bedenken Sie, welche Signale dadurch gesetzt worden sind“, erklärte Müller. „Unseriös“ keifte der AR-Boss und wies darauf hin, dass die variablen, gewinnabhängigen Bestandteile der Vorstandsvergütung um 58 Prozent gesunken seien (allerdings weit weniger als der Gewinn zurückgegangen war). Müller bedankte sich für den Hinweis und schlug vor, dieses Modell für alle Siemens-Beschäftigten anzuwenden: „In guten Zeiten erhöhen Sie den variablen Anteil der Mitarbeiter kräftig und in schlechten Zeiten wie heute, den fixen Anteil, also die Löhne und Gehälter um 27 Prozent.“

Der Diskussionsbeitrag war dem Siemens-Top-Management auch deshalb peinlich, weil Vorstandsboss von Pierer kurz davor gegen die „überzogenen“ Lohnforderungen der IG Metall gewettert hatte: „Ich halte diese Forderung, gelinde gesagt, für realitätsfremd“. Das Argument mit der Kaufkraftsteigerung komme ihm so vor, „wie wenn es Münchhausen gelungen wäre, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen“. Er blieb allerdings die Antwort schuldig, von wem denn die 50.000 Siemens-Produkte alle gekauft werden sollen. Wahrscheinlich von der „unsichtbaren Hand“ der Märkte.

„Der Siemens-Vorstand predigt Sparen und erhöht seine Fixbezüge 2001 um 27,5 Prozent auf insgesamt 5,1 Millionen Euro“, hieß es in einem Flugblatt, das die IG Metall vor der Münchner Olympiahalle am Tag der Hauptversammlung verteilte. Zusammen mit den variablen Bezügen und den Aktienoptionen für den Vorstand – deren Marktwert um fast 60 Prozent gestiegen war, kassiert der Vorstand 17 Millionen Euro. Pro Vorstandsmitglied sind das 1,55 Millionen Euro pro Jahr. Das sind zwar knapp 14 Prozent weniger als im Geschäftsjahr 2000 aber immer noch 55 Prozent mehr 1999 (1 Million Euro).

Die Aufgeregtheit des Aufsichtsratsvorsitzenden in Sachen „Vergütung“ hatte noch einen weiteren, gewissermaßen persönlichen, Grund. Der Aufsichtsrat hatte bei seinen Tantiemen von 1999 auf 2000 im Zuge der Euro-Umstellung den bisherigen DM-Betrag einfach 1:1 auf Euro umgestellt und dann noch hundert Prozent draufgeschlagen. So betrug im Geschäftsjahr 2000 die Gesamtvergütungen für das Gremium 3,6 Millionen Euro, gegenüber 0,9 Millionen Euro im Jahr davor. Jedes AR-

Mitglied kassierte damit für die fünf Sitzungen im Jahr 180.000 Euro - das teuerste Aufsichtsgremium der Republik. 2001 waren es zwar wegen des Rückgangs der variablen Bestandteile pro Mitglied „nur“ noch 105.000 Euro, aber Henkelmann und Stullen mussten die Räte deshalb nicht unbedingt zu den Sitzungen mitbringen.

Selbst feiern, andere feuern. Die Vertreter der Belegschaftsaktionäre kritisierten, dass bei einem Geschäftsrückgang den Top-Managern nichts anderes als „Personalabbau“ ein falle. Für Pierer zähle nur die Rendite, kritisierte Wolfgang Niemann, selbst Betriebsrat, die Geschäftspolitik des Vorstands. Er vollziehe einen „Kotau vor den Kapitalmärkten“. Die „Kapitalmärkte verlangen einen schnellen turn-around zugunsten der Rendite mit der Folge schneller Kostenreduzierungen“, kritisierte der Sprecher der Belegschaftsaktionäre Meiler. Alle aktuellen Probleme lade der Siemens-Vorstand auf die Beschäftigten ab. Binnen eines Geschäftsjahres wurden fast 20.000 Arbeitsplätze im Konzern abgebaut. Auch Wolfgang Müller kritisierte in seinem Beitrag, „dass zentrale Renditevorgaben zu kurzsichtigem Personalabbau führen“. Und er zeigte die Praxis dieses Personalabbaus am Beispiel des Standortes Siemens-Hofmannstraße in München auf. Die Abteilungsleiter im Bereich Mobile seien dort aufgefordert, „Minderleister zu identifizieren“. Pauschal werden 10 Prozent der Beschäftigten in diese Kategorie eingeordnet. Diese werden dann zu Aufhebungsverträgen gedrängt und andernfalls mit Kündigung bedroht. Müller: „Dadurch wird die Arbeitsatmosphäre vergiftet, es entsteht ein Klima von Hexenjagd und Mobbing“